

Kafka

3.....2001 Zeitschrift für Mitteleuropa

Brüche ■ Zäsuren Wolfgang Eichwede

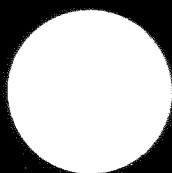
Lajos Parti Nagy · Luboš Dobrovský

Peter Kerekes · Andrzej Stasiuk

Helga Hirsch · Ulla Lachauer

Andreas Lawaty · Olga Tokarczuk

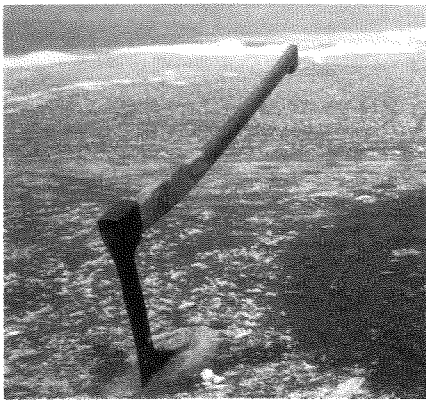
Hans-Jürgen Heinrichs



kafka

Zeitschrift für Mitteleuropa

3 2001 BRÜCHE UND ZÄSUREN



Seite 4 Editorial · Ziviles Vibrieren Budapest 1956, Prag 1968, Danzig und Warschau 1980/81, Berlin 1989 - ohne diese Geschichtsbrüche ist das heutige Europa nicht zu denken - und auch seine Zukunft nicht.

8 Wolfgang Eichwede · Kinder der Aufklärung Was die Bürgerrechtler in Zeiten der »Ohnmacht« gelernt hatten, bewahrten sie sich, als ihnen die Macht zufiel: den Verzicht auf Gewalt. Sie waren Kinder der Aufklärung, die Europas Freiheitsgeschichte fortschrieben.

16 Lajos Parti Nagy · Ein haarfein gerissener Topf Von einem, der genug hatte von der lustigsten Baracke des Sozialismus, aber kein Held, sondern ein Koch war und deshalb sein Parteibuch im sprudelnden Sud des Pörkölt (auf Rinderbeinbasis) verschwinden ließ.

20 Andre Kukorelly · Ruin. Meine Zoffjetunion-Geschichte Wenn es sie endlich gibt, die Freiheit, zählt sie nichts, sie löst sich auf wie Nebel. Nur wenn es sie nicht gibt, konkretisiert sie sich. Sie wird hart wie Eis.

26 Luboš Dobrovský · Eine verblichene Hoffnung Die Hoffnung war von kurzer Dauer, die Unterdrückung und Demoralisierung aber währte zwanzig Jahre. Der Prager Frühling und die Folgen.

30 Peter Kerekes · Die alte Badeanstalt Im Jahre 1937 wurde in Košice das Städtische Schwimmbad gebaut. Tschechen, Deutsche, Ungarn, Slowaken – alle, die die kosmopolitische Stadt bevölkerten, tauchten in das klare Wasser ein. Das Schwimmbad war ein Ort der unerwarteten Begegnungen, der Freude, der Trauer, des Widerstands, der Demokratie.



36 Andrzej Stasiuk · Gedichte

38 Renate Schmidgall · Der Geruch von Warschau Wenn die Zeit die Vergangenheit zerstört, können wir sie nur schreibend heraufbeschwören. Schreiben ist der Wunsch, sie anzuhalten, einmal noch durch das Tor in das Land der Kindheit zu laufen.

42 Andreas Lawaty · Der Gründungsmythos »Solidarität« – eine Legende, ein Mythos. Hätte er zum Gründungsmythos der neuen polnischen Republik getaucht? Oder ist er nur noch eine »Ansammlung anachronistischer Werte«, naiv und desavouiert?

46 Olga Tokarczuk · Stalins Finger Als Europa in Jalta neu verteilt wurde, stützte Stalin sich mit dem Daumen auf die Landkarte. Der Kartograph wagte nicht, den Finger des Führers zur Seite zu schieben, er zeichnete drum herum. Und so entstand ein Grenzland zwischen zwei Kulturen – ein Land, das niemandem gehört.

52 Helga Hirsch · Ort der geistigen Verwurzelung Als er seine jüdischen Mitbürger verteidigte, hieß es, Zbigniew Czarnuch müsse ein Jude sein. Als er die Kultur der ukrainischen Minderheit verteidigte, hieß es, Czarnuch müsse ein Ukrainer sein. Als er sah, dass auch Deutschen Unrecht angetan worden war, munkelte man, Czarnuch müsse ein Deutscher sein.

- 58 **Ulla Lachauer · Karaganda – Stadt der Verbannten** Mitten in der kasachischen Steppe, 50 Grad Hitze im Sommer, 50 Grad Frost im Winter: ein Ort wie kein anderer. Noch heute leben in der einstmals »größten Provinzhauptstadt des Archipel GULag« (Solschenizyn) viele der dorthin Verbannten. Und die meisten Karagandiner stammen aus Europa.
- 64 **Hans-Jürgen Heinrichs · Dorthin gehen, wo der Schrecken am größten ist** Die Welt – eine Drehbühne; der Schriftsteller und Reporter – ein szenischer Arrangeur, der beseelt ist vom Wunsch, alltägliche Wunder zu beschreiben und die Spuren von Gewalt und Glück, Elend und Schönheit freizulegen. Leben und Schreiben zwischen Fremdheit, Poesie und Politik: ein **Porträt** über Ryszard Kapuściński.
- 70 **Michael Dauderstädt · Stichwort Europa Wachstumsunion** Mit dem Übergang zu Demokratie und Marktwirtschaft verband sich das Versprechen auf Wachstum und Wohlstand. Mehr als zehn Jahre später sieht die Realität immer noch anders aus, ist Europa weiterhin wirtschaftlich gespalten. Wenn aber der Abbau des Einkommens- und Wohlstandes nicht gelingt, droht der EU eine Zerreißprobe.
- 74 **Zu den Autoren und Übersetzern**
- 76 **Resonanz**
- 78 **Impressum**
- 80 **Vorschau**

MICHAEL DAUDERSTÄDT

Stichwort Europa Wachstumsunion

Europa wächst wieder zusammen. Oder doch nicht? In den letzten zwölf Jahren seit dem Zusammenbruch des Eisernen Vorhangs haben sich die Einkommensunterschiede zwischen West- und Osteuropa gewaltig vergrößert. Während der Westen weiter seinen Wohlstand gemehrt hat, stürzte der Osten in eine tiefe Krise, von der er sich nur langsam erholt. Und in einigen Ländern kann von Erholung noch gar nicht die Rede sein.

Das geteilte Europa Und was heißt eigentlich »wieder zusammenwachsen«? Gab es diese Einheit denn je? War Europa nicht immer ein heterogenes Geflecht von höher entwickelten Zentren und ärmeren Peripherien? Spätestens seit der massiven Industrialisierung der europäischen Kernregion im vorletzten Jahrhundert besteht ein deutliches Entwicklungsgefälle von Westen nach Osten und von Norden nach Süden. Wenn es im 20. Jahrhundert eine Phase des Zusammenwachsens Europas gab, so waren es die fünfziger und sechziger Jahre. Die Systemkonkurrenz förderte ein Wachstumsmodell, das auf sozialen Ausgleich und steigende Masseneinkommen setzte. Nicht nur die Mittelmeerländer, auch Mittel- und Osteuropa erlebten in diesen Jahren des Sputnikschocks und der Träume Chruschtschows vom Überholen eine relative wirtschaftliche Blüte. In der Tat gelang es dem sozialistischen System damals, mittels massiver Investitionen in die Industrialisierung die Wirtschaftsstruktur zu modernisieren.

Die Ölkrise Anfang der siebziger Jahre schien zunächst vor allem den kapitalistischen Westen zu betreffen. Während die reicheren Länder sich trotz deutlich niedrigerer Wachstumsraten weiterentwickelten und mühsam Alternativen zum anscheinend gescheiterten keynesianisch-fordistischen Wachstumsmodell suchten, traf es die Peripherie umso härter. Die jungen Demokratien des Mittelmeerraumes standen vor der doppelten Herausforderung, das Vertrauen der Wirtschaft zu gewinnen und die Folgen der Krise zu überwinden. Portugal erreichte dies ab 1986, Griechenland erst ab 1997, und Spanien gelang es erst ab 1994, die Arbeitslosigkeit deutlich zu senken. Ein nennenswerter Beitrag der EU-Mitgliedschaft zu diesen späten Erfolgen lässt sich bestenfalls in Portugal feststellen.

In den Ländern Mittel- und Osteuropas hatte die Krise ein anderes Gesicht. Alle wurden Opfer der sozialistischen Systemkrise mit ihren sinkenden Kapitalerträgen und ihrer irr-sinnigen Ressourcenverschwendung – mit der Folge spärlicher Konsummöglichkeiten trotz und wegen gigantischer Investitionen. Die wenigen Länder, die sich partiell dem Westen geöffnet hatten und daher direkter von der kapitalistischen Weltwirtschaft abhängig waren, litten unter Verschuldungskrisen: Polen, Jugoslawien, Rumänien, ansatzweise auch die DDR. Die wirtschaftliche Dauerkrise dürfte auch die Hauptursache des Legitimitätsverlustes des realsozialistischen Systems und seiner Implosion gewesen sein. »Solidarność« hatte nicht zuletzt gegen Preissteigerungen und Reallohnsenkungen protestiert. Die vielfältigen Reformbemühungen, die noch das politische System der Parteidiktatur einschließlich der von ihr kontrollierten verstaatlichten Wirtschaft erhalten wollten, scheiterten alle.

Im Ergebnis öffnete sich die Wohlstandsschere in Europa immer weiter, teilweise getarnt durch geschickt frisierte Statistiken der sozialistischen Planbürokratie. Spätestens der Systemwechsel enthüllte die traurige Realität eines wirtschaftlich gespaltenen Europas. So verband sich mit der neuen Demokratie implizit das Versprechen von Wachstum und Wohlstand. Die schwere Transformationskrise mit ihrem Einkommensrückgang, ihrer Arbeitslosigkeit und zunehmenden Ungleichheit droht(e) auch die Legitimität dieser jungen Demokratien zu untergraben.

Nach der Osterweiterung der EU: vereint, aber nicht zusammen?

Nun richten sich alle Hoffnungen auf den EU-Beitritt. Doch schon die frühe Begeisterung dafür gründete sich auf die fehlerhafte Annahme, eine EU-Mitgliedschaft brächte quasi automatisch eine Angleichung der Einkommensverhältnisse mit sich. Mit der aufkommenden Erkenntnis, dass jeder Fortschritt mit schmerzlichen Anpassungsleistungen erkaufte werden muss, sank auch die Zustimmung zum Beitritt in den Kandidatenländern. In der Tat ist die EU nicht gerade ein Weltmeister im Wachstum und auch nicht besonders erfolgreich in der Angleichung des Wohlstands zwischen armen und reichen Mitgliedsländern.

Wenn es eine Erfolgsgeschichte gibt, die die mittel- und osteuropäischen Kandidaten und die EU selbst inspirieren könnte, dann ist es das arme Land der EU-Peripherie, das es »geschafft« hat: Irland, der »keltische Tiger«. Obwohl ein Spätzünder, der erst zwanzig Jahre nach seinem EU-Beitritt sein Wirtschaftswunder erlebte, hat Irland in den letzten sieben Jahren spektakuläre Wachstumsraten von durchschnittlich acht Prozent erreicht. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt pro Kopf ist die grüne Insel, vormals eines der Armenhäuser Europas, heute das viertreichste EU-Mitglied – nur noch übertroffen von Luxemburg, Schweden und Dänemark. Staatshaushalt und Handelsbilanz weisen einen Überschuss auf. Wie hat Irland das geschafft?

Der Erfolg des keltischen Tigers ist ein Musterfall des Wachstums unter den Bedingungen der Globalisierung. Irland ist es gelungen, auf seinem Territorium Teile der globalen Wertschöpfungsketten multinationaler Produktionsnetzwerke zu konzentrieren, indem es Steuererleichterungen, preiswerte Arbeitskräfte, gute Infrastruktur und Zugang zum großen EU-Markt anbot. Ausländische Investitionen sind für einen überdurchschnittlichen Teil des irischen Wachstums verantwortlich.

Daraus resultieren aber auch die Schattenseiten des irischen Wunders: Das zusätzliche »Einkommen« besteht zu einem erheblichen Teil aus den Gewinnen der ausländischen Konzerne. Der Anteil der Löhne am Volkseinkommen ist dagegen dramatisch gesunken.



Kettenbrücke in Budapest 1956

Da jedoch die Profiteinkommen Ausländern zufließen, sind die Iren relativ arm geblieben. Das Bruttosozialprodukt (BSP), das im Unterschied zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) die Einkommen der Bürger, nicht des Standortes erfasst, liegt um ein Fünftel unter dem BIP. Gemessen am BSP pro Kopf zählen die Iren daher immer noch zu den Ärmsten mit einem Einkommen, das unter dem EU-Durchschnitt liegt. Auch intern haben sich die Disparitäten sowohl regional als auch zwischen Armen und Reichen eher verstärkt.

Selbst dieses fragwürdige Wunder nachzuvollziehen dürfte für die Beitrittskandidaten Mittel- und Osteuropas jedoch schwer werden. Ungarn, das diesem Vorbild am besten naheifert, muss sich auch schon mit seinen Schattenseiten auseinandersetzen. In seiner Einseitigkeit ist das irische Modell zwar bei einer relativ kleinen Volkswirtschaft vorstellbar, aber kaum in einem Wirtschaftsraum von der Größe Ostmitteleuropas. Dazu sind wohl nicht genug Investoren und Kapital da. Auch würden zehn bis zwanzig zusätzliche Irlands wohl kaum auf eine ausreichende Exportnachfrage treffen – zumal in einer langsamer wachsenden Weltwirtschaft, die auch in Irland schon erste Krisensignale auslöst.

Wie zusammenwachsen? Die Eine-Billion-Euro-Frage Wenn aber der Abbau des Einkommens- und Wohlstandsgefälles in Europa nicht gelingt, drohen unterschiedliche Probleme: Anhaltende Armut in den Nachbarländern birgt politische Risiken (Instabilität, Extremismus) und wirtschaftliche Nachteile (geringeres Wachstum, dauerhafte Niedriglohnkonkurrenz). Die Migration aus den dauerhaft ärmeren Ländern in die reicheren Regionen der EU würde anwachsen. Organisiertes Verbrechen fände ein permanentes Rekrutierungsfeld. In den enttäuschten neuen Mitgliedsstaaten könnte die Europaskepsis zunehmen. Gewannen entsprechende Kräfte Regierungseinfluss, so würde dies die EU lähmen.

Aber wie lässt sich eine solche Entwicklung vermeiden? Die EU hat darauf bisher zwei Antworten: vertiefende Integration und Kohäsionspolitik (Förderung des Zusammenhalts durch Strukturfonds). Die Integration hat in der alten EU mit dem Binnenmarkt und der Währungsunion, aber mit Freihandel und Assoziation auch nach Osten enorme Fortschritte gemacht. Dennoch ist Europa immer noch weit davon entfernt, ein einheitlicher Markt zu sein. Noch gibt es riesige Preis- und Kaufkraftunterschiede. Mit der Währungsunion wird der Ausgleich solcher Unterschiede noch schwieriger, da Länder nicht mehr ihre Währungen auf- oder abwerten können. Will ein armes Land aufholen, müssen seine Einkommen in Euro schneller als der EU-Durchschnitt wachsen. Damit steigen aber auch die Preise der meisten Dienstleistungen – mit der Folge höherer Inflation. Diese wiederum ruft die Währungshüter der Europäischen Zentralbank auf den Plan, die zur Wahrung der Preisstabilität verpflichtet ist. So hat sich Irland schon eine deutliche Schelte der EU-Finanzminister eingehandelt, die alle Beitrittskandidaten aufhorchen lassen müsste.

Die Finanztransfers innerhalb der EU halten sich dagegen in bescheidenem Rahmen. Sie übersteigen selten fünf Prozent des Bruttosozialprodukts des Empfängerlandes. Nur die erste Osterweiterung um die ehemalige DDR profitierte von der innerdeutschen Solidarität, die Transferleistungen in Höhe von fünfzig Prozent des einstigen DDR-Volkseinkommens bereitstellte. Dies erlaubt es den ostdeutschen Bürgern, doppelt so viel zu verbrauchen, wie sie produzieren. Die deutsche Vereinigung und die Osterweiterung lassen sich von den Größenordnungen durchaus vergleichen. Die Verhältnisse von Einkommen und Bevölkerung sind ähnlich: Zunahme um etwa ein gutes Viertel der Bevölkerung mit einem Einkommen, das etwa ein Fünftel des Durchschnitts der Altregion beträgt. Wenn also die reichen Alt-Mitglieder der EU fünf Prozent ihres BSP nach Osten verschenkten, ließe sich dort das Einkommen schon verdoppeln. Es ist allerdings kaum zu erwarten, dass sich die deutsch-deutsche Großzügigkeit EU-weit wiederholen ließe. Schon jetzt murren etwa die Spanier über den befürchteten Einnahmefall nach der Osterweiterung.

Eine dauerhafte Einkommenssubventionierung ist aber aus vielerlei Gründen auch keine gute Lösung. Besser ist es, Produktivität und Produktion der armen Bürger/Länder zu steigern;

dann folgen die Einkommen ohnehin. Das ist auch die Philosophie der EU-Kohäsionspolitik, die in Infrastruktur und Bildung investiert, um die Standortbedingungen zu verbessern. Leider sind die Erfolge bescheiden. In Irland hat es noch am besten geklappt. Aber auch dieser Erfolg bringt Probleme: 100 Millionen wettbewerbsfähige Produzenten mögen besser sein als 100 Millionen Transferhilfeempfänger, aber was sie produzieren, würde mit den Produkten der alten EU, ihren Firmen und Arbeitern konkurrieren. Die Konsumenten könnten sich freuen. Aber die Politik versucht in der Regel, die bestehenden Arbeitsplätze zu schützen, zum Beispiel durch Subventionen wie bei der Kohle, und das aus verständlichen Gründen. Europa ist noch weit von einer Lösung entfernt.

Das Dilemma ist nur zu überwinden, wenn die allgemeine Nachfrage mit dem Angebot wächst. Am Beispiel Irland heißt das: Nicht nur die Gewinne der ausländischen Investoren, auch nicht nur die Löhne in den Exportfabriken, sondern die Einkommen aller Iren, also auch der Anbieter lokaler Güter und Dienstleistungen müssen wachsen. Hierfür ist eine steigende Binnennachfrage erforderlich, allerdings mit dem Nebeneffekt höherer Inflation oder – bei öffentlichen Gütern – höherer Staatsausgaben. Letztere machen eine expansivere Fiskalpolitik und eine stärkere Besteuerung der Gewinne notwendig. In einem erweiterten Europa gilt das noch mehr: »Zusammen wachsen« erfordert mehr Spielräume für die nationale Wirtschaftspolitik, eine europäische Geldpolitik, die nicht einseitig auf Stabilität fixiert ist, und eine breite Streuung der Einkommen.

Nach dem irischen Referendum Wird diese Maxime vernachlässigt, so gerät der Einigungsprozess in Misskredit. Das ablehnende Ergebnis der irischen Volksabstimmung zum Vertrag von Nizza, der die institutionellen Rahmenbedingungen der EU und ihrer Erweiterung neu festlegt, muss all jenen eine Warnung sein, die versuchen, die Vielfalt Europas über einen Leisten zu schlagen. Sicher mögen nationale Motive in Irland eine Rolle gespielt haben; aber auch die Unzufriedenheit mit den Schattenseiten des keltischen Wachstumsmodells sollte nicht überraschen. Wenn die EU mit ihrer Kritik an der Fiskalpolitik auch noch deren Korrektur erschwert, lädt sie zum Protest geradezu ein.

Mit der Osterweiterung hat der Ausgang des Referendums weniger zu tun. Was immer irische Wähler glauben mögen, die EU-Transfers an die grüne Insel enden wegen ihres eigenen Wachstumserfolges, nicht wegen der Aufnahme neuer Empfänger. Eine solche Aufnahme hängt auch nicht von der Verabschiedung des Vertrages von Nizza ab. Jede Erweiterung ist eine kleine Regierungskonferenz aller Mitgliedstaaten mit dem Kandidaten, deren Ergebnis von allen zu ratifizieren ist. Sie kann – wenn auch Irland zustimmt – erfolgen, ohne dass Nizza vorher in Kraft tritt. Das Beitrittsabkommen kann und muss die institutionellen Fragen der erweiterten Union (Parlamentsmandate, Stimmgewichte im Rat etc.) ohnehin regeln. Die weiteren, sowieso mageren, in Nizza beschlossenen Reformen (z.B. Mehrheitsentscheidungen) blieben zwar unverwirklicht im jetzigen Zustand, aber damit kann auch die erweiterte EU notfalls noch einige Jahre leben.